

Politik für morgen beginnt heute: Den Stimmen der jungen Generation durch einen Jugendbeirat mehr Gehör verschaffen

Konzeptpapier: Misbah Khan, Denise Loop, Nyke Slawik

Kinder und Jugendliche sind ein zentraler Teil unserer Gesellschaft. Sie tragen Ideen, Energie und Erfahrungen in sich, die für Innovation, gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine gerechte Zukunft unverzichtbar sind. Eine Politik, die ihre Bedürfnisse übergeht, schadet nicht nur der jungen Generation, sie schadet dem ganzen Land. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben auch in einer alternden Gesellschaft ein Recht darauf, als relevante gesellschaftliche Gruppe ernst genommen, beteiligt und geschützt werden.

Die von uns mitgeführte Ampel-Regierung hat Generationengerechtigkeit konsequent in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns gestellt. Sie verstand Klimaschutz als Investition in die Zukunft und übernahm damit bewusst Verantwortung für kommende Generationen. Mit dem Startchancen-Programm wurden rund 4.000 sozial benachteiligte Schulen und etwa eine Million Schülerinnen und Schüler gezielt gefördert, um Bildungs- und Chancengerechtigkeit zu stärken. Gleichzeitig wurden durch Investitionen in Digitalisierung und moderne Infrastruktur, etwa mit dem Digitalpakt 2.0, wichtige Grundlagen für ein zukunftsfähiges Bildungssystem geschaffen. Damit hat die Ampelregierung klare Prioritäten für ein gerechtes und zukunftssicheres Land gesetzt.

Nach den Ampel-Jahren, in denen Generationengerechtigkeit – vom Ausbau der Erneuerbaren über Klima- und Naturschutz bis hin zum Startchancen-Programm und dem Digitalpakt 2.0 – konsequent Leitprinzip des politischen Handelns war, erleben junge Menschen nun eine Bundesregierung, die zentrale Zukunftsfragen nicht anpackt, sondern vertagt. Während die Klimakrise verharmlost wird, Lebenshaltungskosten steigen, damit verbundene psychische Belastungen drastisch zunehmen und politische Teilhabe weiter geschwächt wird, fehlen Mut, Entschlossenheit und eine Vision für die kommenden Jahrzehnte. Statt klare Prioritäten zu setzen, dominieren Koalitionsstreitigkeiten, moralische Belehrungen, wie der ständige Ruf nach mehr Fleiß bei den Jüngeren und ein erstaunlicher Mangel an Empathie gegenüber den Sorgen und Ängsten junger Menschen.

Dabei wissen junge Menschen sehr genau, dass unser Land umfassende Reformen braucht. Nicht irgendwann, sondern jetzt. Doch anstatt gemeinsam mit ihnen eine Zukunftsperspektive zu entwickeln, wird über ihre Köpfe hinweg entschieden, werden Reformansätze zerredet, ausgebremst oder auf unbestimmte Zeit vertagt. Dazu zählt eine rückwärtsgewandte Klimapolitik, ein Mangel an Generationengerechtigkeit und zukunftsgerichtete Visionen in den Debatten rund um den Sozialstaat, genauso wie fehlende Ambitionen in der Kinder- und Jugendpolitik. So verspielt die Bundesregierung Vertrauen und damit die Zukunftschancen einer ganzen Generation. Wer junge Menschen ständig vertröstet, muss sich nicht wundern, wenn die Frustration steigt. Es ist Zeit, dass die Bundesregierung Verantwortung übernimmt und die Anliegen der jungen Generation ernst nimmt.

Wie sehr die Anliegen junger Menschen derzeit übergangen werden, zeigt sich beispielhaft in den folgenden vier Politikfeldern:

1. Klimaschutz & Zukunftssicherheit

Viele junge Menschen erwarten von der Politik, dass sie endlich generationengerecht handelt und wirksamen Klima-, Umwelt- und Naturschutz zur Priorität erklärt. Die Klimakrise ist längst nicht mehr abstrakt, sondern eine reale Bedrohung ihrer Lebensgrundlagen. Sie wollen, dass Maßnahmen verbindlich, planbar und sozial gerecht ausgestaltet werden. Von einem Klimaprogramm, das tatsächlich eingehalten wird, über konsequente Investitionen in erneuerbare Energien und klimaneutrale Infrastruktur bis hin zu einem starken Schutz von Umwelt und Natur sowie einer robusten Strategie zur Klimaanpassung. Jede Verzögerung verschärft die Lasten künftiger Generationen und untergräbt das Vertrauen in politische Verantwortung.

2. Bezahlbares Leben & faire Chancen

Für viele junge Menschen ist ein selbstbestimmtes Leben kaum noch finanzierbar. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind die Altersgruppe, die am stärksten von Armut bedroht sind. Die Gründe dafür sind vielfältig, weshalb die Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut breit ansetzen müssen. Hohe Mieten, steigende Lebenshaltungskosten, ein unzureichendes BAföG und eingeschränkte Mobilitätsangebote begrenzen Perspektiven massiv. Es braucht daher eine entschlossene Politik, die bezahlbaren Wohnraum schafft, Leistungen für Familien bündelt, digitalisiert und armutsfest macht, das BAföG reformiert und an die Realität anpasst, Schule, Ausbildung und Studium gleichermaßen stärkt und Mobilität verlässlich und erschwinglich macht. Faire Chancen dürfen nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Eine Gesellschaft, die sich Gerechtigkeit auf die Fahnen schreibt, muss jungen Menschen echte Möglichkeiten eröffnen, unabhängig von Herkunft und Geldbeutel.

3. Psychische Gesundheit & soziale Sicherheit

Durch soziale Ungleichheiten und anhaltende Krisen wie Klimawandel, wirtschaftliche Unsicherheit und Kriege haben die psychischen Belastungen junger Menschen deutlich zugenommen. Dennoch behandelt die Bundesregierung das Thema weiterhin als Randnotiz. Es braucht einen Ausbau von gut erreichbaren Unterstützungsangeboten in Schulen, Hochschulen, Jugendzentren und im Internet. Die Wartezeiten auf Psychotherapieplätze sind unzumutbar und verhindern Unterstützung genau in den Momenten, in denen sie entscheidend wäre. Junge Menschen brauchen endlich einen schnellen Zugang zu psychotherapeutischer Versorgung. Gleichzeitig müssen soziale Sicherungssysteme so ausgestaltet sein, dass sie junge Menschen und ihre Familien in Krisen tragen, statt sie durch bürokratische Hürden zusätzlich zu belasten. Psychische Gesundheit ist Grundvoraussetzung für Teilhabe und Zukunftschancen und muss entsprechend behandelt werden.

4. Politische Teilhabe & echte Repräsentation

Viele junge Menschen haben das Gefühl, politisch nicht ernst genommen und gehört zu werden. Sie erleben eine Politik, die vor allem verwaltet und reagiert, statt langfristig zu gestalten und junge Perspektiven einzubeziehen. Sie erwarten mehr Mitsprache, mehr Transparenz und Strukturen, die ihre Anliegen tatsächlich berücksichtigen. Politische Beteiligung darf kein symbolischer Akt sein, sondern muss echte Wirkung entfalten. Ein Wahlrecht ab 16 Jahren, verbindliche Jugendbeteiligung in Entscheidungsprozessen und eine klare, nachvollziehbare Kommunikation politischer Vorhaben gehören ebenso dazu wie ein politisches System, das jungen Stimmen Raum gibt. Wer von jungen Menschen demokratische Verantwortung erwartet, muss ihnen auch Einfluss ermöglichen.

Wie wir als Grüne Bundestagsfraktion die Belange junger Menschen stärker einbringen wollen:

Die Erwartungen junger Menschen sind keine Wunschliste, sondern ein klarer Auftrag an eine Politik, die Anspruch auf Zukunftsfähigkeit erhebt. Jede Regierung, die diese Bedürfnisse ignoriert, handelt fahrlässig und verschärft die Unzufriedenheit der jungen Generation. Junge Menschen fordern keine Privilegien, sie fordern verantwortungsvolles politisches Handeln, und sie fordern es jetzt.

Diese Verantwortung nehmen wir als Grüne Bundestagsfraktion an. Wir setzen uns seit jeher für die Rechte, Chancen und Anliegen junger Menschen ein. Wir wollen eine Gesellschaft, in der ihre Stimmen klar hörbar sind und ihre Lebensrealität ernst genommen wird.

Damit die Belange junger Menschen noch stärker in unsere politische Arbeit einfließen, und weil die aktuelle Bundesregierung offenkundig kein Interesse an einem strukturierten Dialog mit ihnen zeigt, berufen wir im neuen Jahr erstmals einen **Jugendbeirat** ein.

Der Jugendbeirat soll den Austausch mit jungen Menschen institutionalisieren und dafür sorgen, dass politische Weichenstellungen in Fragen, die sie direkt betreffen, auf Gesprächen mit ihnen beruhen, nicht auf Annahmen über sie. Das betrifft aktuelle Beispiele wie Diskussionen um ein Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche, die Debatte um die Einführung der Wehrpflicht, die Stärkung von Chancengerechtigkeit in einer Gesellschaft, in der Herkunft und Sozialisation immer stärker über das spätere Leben entscheiden, sowie einen Sozialstaat, der der jungen Generation Sicherheit gibt, dass Leistungsversprechen auch für sie gelten.

Der Jugendbeirat soll als dauerhafte, unabhängige Beratungsstruktur wirken, die uns dabei unterstützt, politische Vorhaben aus Sicht der jungen Generation zu bewerten und zu verbessern. Wir wollen dabei sowohl mit der organisierten Zivilgesellschaft - Jugendverbänden, Initiativen und Jugendparlamenten - zusammenarbeiten, als auch jungen Menschen eine Stimme geben, die nicht organisiert sind, aber dennoch klare Erwartungen an Politik haben. Besonders wichtig ist uns, dass hierbei Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichsten sozialen Lebenslagen und Hintergründen gehört werden – darunter junge Menschen mit Migrationsgeschichte, aus einkommensschwachen Familien, aus der Jugendhilfe sowie weitere Gruppen, deren Perspektiven bislang oft unterrepräsentiert sind –,

um die Vielfalt der jungen Generation abzubilden. Ziel ist ein breit aufgestelltes, vielfältiges Gremium, das realitätsnahe Perspektiven einbringt und politische Entscheidungen konstruktiv, kritisch und kontinuierlich begleitet.